

Neujahrsempfang Baunatal

Bildung als Standortvorteil im demographischen Wettbewerb (es gilt das gesprochene Wort)

Vielen Dank Herr Bürgermeister Schaub, dass Sie mich heute zu Ihrem Neujahrsempfang eingeladen und gebeten haben, über das Thema „Bildung als Standortvorteil im demographischen Wettbewerb“ zu sprechen. Lassen Sie mich noch eine weitere Überschrift einfügen: „Durch Bildung und Erziehung Chancengerechtigkeit unterstützen.“

Bildung ist die entscheidende Zukunftsfrage für unsere Gesellschaft.

Nur mit besserer Bildung werden wir die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit sowie die Zukunft des Sozialstaates sichern und die Herausforderungen des demographischen Wandels meistern.

Sozialpolitik im 21. Jahrhundert ist Bildungspolitik.

Die unbefriedigenden Ergebnisse der internationalen Vergleichsstudien haben in Deutschland zwar zu einer breiten Diskussion über die Reformnotwendigkeit des Bildungswesens geführt und es wurden auch verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Qualität der Bildung zu verbessern.

Das bislang erreichte ist aber nicht ausreichend; die Mängel unseres Bildungssystems liegen nach wie vor offen vor uns:

Mehr als 65.000 Jugendliche verlassen Jahr für Jahr die Schule ohne einen Abschluss, 300.000 Kinder und Jugendliche weigern sich, regelmäßig die Schule zu besuchen.

1,5 Mio. Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren haben keine abgeschlossene Ausbildung.

Nach einer aktuellen Studie leiden ca.1 Drittel aller Schüler an psycho-sozialen Störungen und gehen mit Angst in die Schule.

Jeder 2. Hauptschüler hat noch zwei Jahre nach Abschluss keinen Ausbildungsplatz.

25% der Schüler gelten als Risikoschüler, bei Migranten sogar 40%.

Von den Folgen insbesondere der steigenden Arbeitslosigkeit und dem Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt betroffen sind vor allem so genannte Risikogruppen, d.h. Jugendliche ohne Schulabschluss bzw. generell Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss, Kinder und Jugendliche aus Familien, die von Exklusion bedroht sind und / oder mit Migrationshintergrund.

Das deutsche Schulsystem selektiert nach wie vor nach sozialer Herkunft und die unterschiedlichen Zuständigkeitsregelungen in der Bildung führen zu erheblichen Übergangsproblemen. Dies gilt nicht nur für den Übergang der Kindertageseinrich-

tung zur Grundschule, sondern auch und gerade für den Übergang von der Schule in die Berufsausbildung.

Die traditionelle Abfolge Schule – Berufsausbildung – Arbeit funktioniert heute vielfach nicht mehr. Davon sind insbesondere Haupt- und Förderschüler betroffen, vielfach Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund.

In Deutschland gibt es nach wie vor Defizite in der frühkindlichen Bildung. Dabei kann gerade in den Kindertageseinrichtungen das soziale und motorische Lernen, insbesondere aber der Erwerb der deutschen Sprache gezielt gefördert werden.

In einer Studie „Eltern unter Druck“ der Konrad-Adenauer-Stiftung beschreiben Wissenschaftler die Flucht der Oberschicht in ein abgeschottetes privates Bildungssystem: Während an Schulen in sozialen Brennpunkten der Schimmel die Wände hoch kriecht, lässt man es sich in der Luxus-Kita gut gehen. Z.B. in der Villa Reiz in Potsdam: mit privaten Bodyguards, Chinesisch-Unterricht und einer Wellness -Oase für die Kleinen.

Die Grundlagen für erfolgreiches Lernen werden bereits vor der Schule gelegt. Frühe Bildung aller Kinder ist der Schlüssel für mehr Chancengerechtigkeit.

Der qualitative und quantitative Ausbau der Kindertagesbetreuung hat dabei einen hohen kommunalpolitischen Stellenwert gewonnen.

Der Ausbau der Infrastruktur für Familien und ihrer Kinder ist für die Städte und Gemeinden zu einem wichtigen Standortfaktor geworden, um, junge Familien, Unternehmen und Fachkräfte anzusiedeln. Die so genannten „weichen Faktoren“ wie Bildungsangebote, Kinderbetreuung, Freizeitgestaltung und Stadtteilintegration sind längst zu harten Standortfaktoren geworden. Sie werden zu Aushängeschildern, die im Marketing der Kommunen positiv hervorgehoben werden.

Zunehmend ziehen Eltern den vermeintlich besseren Kindertageseinrichtungen und Schulen hinterher. Deshalb ist es für die Städte auch so wichtig, Schulstandort zu sein und zu bleiben.

Die Städte und Gemeinden haben in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, den bedarfsgerechten Ausbau der Angebote für Kinder auszubauen und zu gewährleisten.

Kindertageseinrichtungen sehen sich dabei seit einiger Zeit hohen gesellschaftlichen Erwartungen ausgesetzt und zwar sowohl unter bildungspolitischen Vorzeichen als auch unter sozialpolitischen Herausforderungen.

Kindertageseinrichtungen haben eben nicht nur eine Betreuungsaufgabe, sondern sie sollen Kinder betreuen, erziehen und bilden.

Und damit darf die Frage des Ausbaus der Kindertagesbetreuung nicht beschränkt werden auf das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern es geht um eine Verbesserung der gesellschaftlichen Integration, indem eine frühzeitige gemeinsame Erziehung, z.B. von Kindern mit und ohne familiäre Migrationsgeschichte, stattfindet, in dem Begrenzungen und Einschränkungen in der familiären Sozialisati-

on kompensiert werden, in dem man den Kindern Gruppenerfahrungen ermöglicht, Aktivierungsmöglichkeiten außerhalb des Medienkonsums schafft, gezielt Anregungen zur Herausbildung von Sozialverhalten vermittelt.

Und neben diesen bildungspolitischen und sozialpolitischen Aspekten müssen die Kinder auch noch Kinder bleiben.

Die zentrale Erwartung an Kindertageseinrichtungen lässt sich in der Formel „Herstellung von Chancengerechtigkeit“ bündeln.

Kindertageseinrichtungen sollen dazu beitragen, dass durch eine frühe Förderung Kinder sich entsprechend ihrer Begabungen entwickeln und eine eigene Persönlichkeit herausbilden.

Damit sind zwei zentrale konzeptionelle Herausforderungen verbunden:

- Im Mittelpunkt steht die Ausrichtung an der einzelnen Persönlichkeit und der individuellen Förderung des Kindes. Chancengerechtigkeit als Zielformel bedeutet, immer das einzelne Kind in den Blick zu nehmen, seine spezifischen Lebensbedingungen, seine Entwicklungspotentiale, seine Wünsche und Neigungen und die große Neugierde. In Abgrenzung von defizitären Perspektiven geht es darum, Kinder auf Augenhöhe ernst zu nehmen, um sie ausgehend von ihren individuellen Fähigkeiten in ihrer Persönlichkeit zu stärken.
- Mit dem Leitbegriff Chancengerechtigkeit wird aber auch ein kompensatorischer Aspekt akzentuiert. Es geht um eine besondere Förderung für diejenigen Kinder, in deren familiären und sonstigen Lebensverhältnissen markante Benachteiligungen enthalten sind. Kinder aus sozial benachteiligten Familien mit eingeschränkten sozialen, kulturellen und ökonomischen Ressourcen bedürfen in besonderer Weise der Beachtung und des Einsatzes von Förderangeboten.

Gerade der letzte Aspekt macht deutlich, dass man auch über die daraus resultierenden Folgen für die Ressourcenvergabe für Kindertageseinrichtungen diskutieren muss.

Will ich wirklich kompensatorische Arbeit in einer Kindertageseinrichtung leisten, dann dürfen nicht mehr alle Einrichtungen mit den gleichen Ressourcen finanziellen und personellen ausgestattet werden. Die Ausstattungs- und Finanzierungsmechanismen müssen sozialpolitisch gezielter und steuerungsbewusster eingesetzt werden. Die Kita in einem sozialen Brennpunkt braucht für ihre Arbeit einen anderen Betreuungsschlüssel und mehr Personal.

Ich will in diesem Zusammenhang aber auch gleichzeitig vor einer Überforderung warnen: Gerade angesichts der Bedeutung der Eltern und des familiären Milieus für die frühe Förderung von Kindern, wäre es vollkommen überzogen und eine falsche Ideologie von „Machbarkeit“, würde man mit der kompensatorischen Arbeit in Einrichtungen die Erwartung verbinden, man könne dadurch alle Kinder auf ein gleiches Niveau heben.

Der öffentliche Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen steht neben dem Erziehungs- und Bildungsauftrag der Eltern. Die öffentliche Bildung kann und soll die

Familie nicht ersetzen, sie soll deren Rolle aber unterstützen. Dies gilt insbesondere dort, wo Eltern mit der Versorgung ihrer Kinder überfordert, der Erziehungsstil inkonsequent und die Förderung in den Familien weit hinter den tatsächlichen Möglichkeiten zurückbleiben. Die Kinder dürfen aber nicht für das Versagen ihrer Eltern bestraft werden.

Angesichts der mit dem Bildungsanspruch von Kindertageseinrichtungen einhergehenden Notwendigkeit, Eltern stärker und systematischer in die Erziehungs- und Bildungsprozesse einzubeziehen, weiten sich Kindertageseinrichtungen von einer Einrichtung für Kinder zu einer Einrichtung für Familien, so genannten Familienzentren oder Eltern-Kind-Zentren aus.

In diesen Familienzentren kann eine niedrigschwellige Familienbildung und –beratung stattfinden, mit der die Erziehungskompetenz der Eltern gestärkt werden kann, es können nachbarschaftliche soziale Kontakte zwischen Eltern geknüpft werden. Eltern erfahren dort komplementäre Unterstützung bei der Sprachförderung, der musischen und kulturellen Kreativität oder der Gesundheitspflege.

Schließlich sollte in den Kindertageseinrichtungen die kulturelle Bildung, insbesondere die musikalische Förderung, die Bewegungsförderung und die Gesundheitsförderung mit in den Blick genommen werden. Gerade für diese Bereiche können in den Kindertageseinrichtungen die Grundlagen gelegt werden.

Ich will dabei durchaus einen besonderen Hinweis zum Stichwort „Bewegungskindergarten“ geben. In der Arbeitsgruppe Kinder- und Jugendsport der Sportministerkonferenz waren wir uns einig, dass wir vor dem Hintergrund der dramatischen Ergebnisse der Motoriktests bei Kindern breitere Angebote an Bewegungskindergärten, einen Ausbau der Kooperation von Kindertagesstätten und Sportvereinen, aber auch Fortbildungsangebote im Bereich „Bewegung, Spiel und Sport“ für Erzieherinnen brauchen sowie entsprechende Module in der Ausbildung.

Die Profilierung von Kindertageseinrichtungen als Baustein der frühkindlichen Bildung weist nach wie vor gravierende Defizite aus. Diese liegen zum einen in den unterschiedlichen Zuständigkeiten für die Bereiche Jugendhilfe und Schule begründet, was insbesondere bei der Kooperation beim Übergang von frühkindlichen Bereichen in die Schule vor Ort zu Schwierigkeiten führt.

Insbesondere steht aber die Weiterentwicklung der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung an die neuen Bildungsanforderungen noch weitgehend aus.

Die Herausforderungen können Kindertageseinrichtungen darüber hinaus nur bewältigen, wenn es adäquate Größen der Lerngruppen gibt. Die Gruppen in den Kitas sind vielfach zu groß.

Die gute Kooperation zwischen Kindergärten, Grundschulen und Familie ist die Grundlage für eine gelungene Bildungsbiographie. Eine besondere Herausforderung ist der Übergang von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule.

Eine Kooperation beider Institutionen ermöglicht den Lehrkräften einen frühzeitigen Kontakt zu ihren Schülerinnen und Schülern, der sozialpädagogische Blick der Erzieherinnen kann den Lehrkräften helfen, ihre Unterrichtsmethoden individueller auf die

Kinder abzustimmen, auf der anderen Seite erweitern die Erzieherinnen durch die Zusammenarbeit mit den Lehrkräften ihr fachliches Wissen.

Mit Blick auf die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher ist darauf zu achten, dass diese mit den Grundschullehrerinnen und –lehrern auf Augenhöhe kooperieren können.

Wenn die Qualitätsanforderungen angesichts gestiegener Herausforderungen erhöht werden, muss eine Verständigung über eine Anpassung der Ausbildung und damit auch über die Bezahlung des Personals erfolgen.

Sie werden jetzt zu Recht einwenden, wenn das alles so ist, warum hat sich dann der Deutsche Städte- und Gemeindebund nicht bei den Tarifverhandlungen für die Erzieherinnen und Erzieher und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter auf die Seite der Gewerkschaften geschlagen, sondern die Forderungen sogar kritisiert und warum warnt der Deutsche Städte- und Gemeindebund jetzt vor dem Rechtsanspruch für die Ein- und Zweijährigen ab dem Jahr 2013.

Wir machen es deshalb, weil die Städte, Kreise und Gemeinden den notwendigen qualitativen und quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung finanziell nicht schultern können. Ich will Sie hier und heute nicht mit kommunalen Finanzdaten belasten, aber schon darauf hinweisen, dass wir nicht nur für das Jahr 2010, sondern für die folgenden Jahre bis 2013 mit einem jährlichen Haushaltsdefizit von 12 Milliarden Euro rechnen.

Die kommunalen Einnahmen brechen ein, die Sozialausgaben steigen exorbitant. 2008 hatten die Kommunen noch rund 77 Mrd. Euro Steuereinnahmen und 38 Mrd. Euro Sozialausgaben, 2010 werden die Steuereinnahmen mit 66 Mrd. Euro geschätzt und die Ausgaben für die Sozialleistungen mit 42 Mrd. Euro.

Darüber hinaus waren Bund und Länder bei der Erfüllung des Rechtsanspruchs für die ein- und zweijährigen Kinder von einer Quote von 35% ausgegangen, um den Bedarf abzudecken. Nach einer Umfrage im Auftrag des DStGB kann der tatsächliche Bedarf bei bis zu 66% liegen. Damit würden wir über das Ausbauprogramm hinaus noch einmal 600.000 zusätzliche Plätze benötigen. Dies können die Kommunen nicht schultern.

Darüber hinaus gibt es Schätzungen, die von Mehrausgaben von rund 3 Mrd. Euro für eine Qualitätsoffensive über die schon jetzt anfallenden Ausbaukosten ausgehen.

Und deshalb sagen wir, wenn wir eine qualitative und quantitative bessere Kindertagesbetreuung wollen, dann müssen die Kommunen auch in die Lage versetzt werden, diese zu finanzieren. Hier stehen die Länder in der Pflicht, die Kommunen mit den erforderlichen Finanzmitteln auszustatten. Und wenn die Länder einwenden, sie hätte auch ein Geld und eine noch dramatischere Finanzlage, dann muss man ihnen vorhalten, dass sie im Bundesrat allen diesen Maßnahmen und Gesetzen, einschließlich des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes zugestimmt haben.

Im Übrigen könnte mit den Kosten für das geplante Betreuungsgeld in Höhe von 1,5 Mrd. Euro ein Teil des qualitativen Ausbaus finanziert werden.

An dieser Stelle auch noch ein kurzer Hinweis zu den Elternbeiträgen: Viele Argumente sprechen für eine Beitragsfreiheit des Kindergartenbesuchs. Gleichwohl haben wir auch im Bundesjugendkuratorium uns dazu entschlossen, unter finanziellen Gesichtspunkten derzeit der qualitativen Verbesserung der Kindertageseinrichtungen den Vorzug gegenüber einer Beitragsfreiheit zu geben.

Es geht aber auch nicht nur ums Geld: Um den Rechtsanspruch für unter Dreijährige zu erfüllen, brauchen wir 150.000 zusätzliche Erzieherinnen und Tagespflegepersonen bis 2013. Jährlich verlassen aber nur 7000 Absolventen die Fachhochschulen. Ich habe die Befürchtung, dass wir zur Abdeckung des notwendigen Personals unter diesen Voraussetzungen zu Lösungen greifen, die dem qualitativen Ausbau diametral entgegenstehen.

Wir brauchen aber nicht nur eine qualitative Verbesserung im Kindertagesbereich, sondern auch in den Schulen.

Ein modernes Bildungssystem muss dem Anspruch genügen, gleichzeitig das Leistungsniveau zu heben und Benachteiligungen in Folge von sozialer und ethnischer Herkunft auszugleichen.

Bund, Länder und Kommunen sind vielfach unkoordiniert und an verschiedenen Stellen des Bildungssystems tätig.

Als Ergebnis der Föderalismusreform I sind die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und Verzahnung in der Bildung nahezu unmöglich gemacht worden.

Eine Bildungspolitik als vorbeugende Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bedarf aber dieser Kooperationen. Nur so können die bisher häufig isoliert arbeitenden Bereiche der Bildung stärker vernetzt werden. Beispiele sind der Ausbau von Ganztagsschulen oder die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Institutionen bei den Übergängen im Bildungssystem.

Die mangelnde Kooperation weist gerade mit Blick auf die Arbeitsmarktpolitik auf ein weiteres Defizit hin. Die zum Teil erheblichen Unterschiede in den Schulstrukturen in den einzelnen Ländern, sowie die Unterschiede im Bereich der Ganztagsbildung führen dazu, dass das notwendige Maß an Einheitlichkeit und damit die Voraussetzungen für die notwendige Mobilität der Bevölkerung fehlt.

Der Bildungsföderalismus darf kein Tabuthema sein.

Die Bildungsreformen in Deutschland werden im Übrigen seit Jahrzehnten durch ideologisch geführte Strukturdebatten gehemmt. Manchmal scheint es so, als wenn die Bildungspolitik eins der letzten Reservate der Ideologen ist.

Kinder sind aber zu kostbar für schulpolitische Experimente, Lehrer im Übrigen auch.

Strukturfragen müssen den inhaltlichen Fragen untergeordnet werden. Die Umetikettierung von Schulen ohne inhaltliches Profil ändert nichts an den Ergebnissen des Bildungsprozesses.

Das beste Beispiel ist das Thema Gesamtschule und die Forderung nach einem längeren gemeinsamen Lernen. Es ist sicherlich richtig, dass Finnland mit seinen Gesamtschulen bessere Ergebnisse in den vergleichenden Bildungsstudien hatte als Deutschland. Allerdings haben auch Länder, die bei Pisa sehr schlecht abschnitten, Gesamtschulen, z.B. Mexiko.

Der Schlüssel zum finnischen Erfolgsmodell liegt in einer Kombination von einem allgemeinen Unterricht für Alle, verbunden mit Förderunterricht auf Zeit für jene Schüler, die Lernschwierigkeiten oder aus anderen Gründen Nachholbedarf haben.

Der Schulunterricht wird nicht nur von Lehrern getragen, sondern auch von Sozialarbeitern und Psychologen und in Finnland spielt zwar auch die Wissensvermittlung von Fakten eine Rolle, der Akzent wird aber eher auf Zusammenhänge gelegt. Eigenständiges Lernen und das Entdecken steht im Mittelpunkt der Didaktik.

Die individuelle Förderung von Schülern entsprechend den jeweiligen Begabungen und Potentialen und eine bessere Ausstattung der Schulen sind die entscheidenden Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungspolitik.

Die Umsetzung erfordert eine Vielzahl von Maßnahmen und Änderungen im Bereich der Organisation von Bildungsprozessen. Dazu gehört z.B. eine bedarfsgerechte, flächendeckende „echte“ Ganztagschule“.

Dazu gehört, dass Unterricht und Betreuung im sinnvollen Wechsel über den ganzen Tag verteilt, Kinder und Jugendlichen in ihren Begabungen und Interessen unterstützt und ermutigt werden. Die hilft sowohl schwächeren wie hochbegabten Schülern.

Die Lerngruppen müssen verkleinert und es muss auch ausreichend Personal über Lehrkräfte hinaus, z.B. an Schulsozialarbeitern, Logopäden und Schulpsychologen zur Verfügung stehen.

Bildungsförderung meint hier nicht allein die Erweiterung von Wissen im kognitiven Bereich, sondern schließt die soziale und emotionale Persönlichkeitsbildung mit ein. Soziales, schulisches und emotionales Lernen muss miteinander verbunden werden.

Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer muss diesen Herausforderungen angepasst werden. Lehrerinnen und Lehrer brauchen im Übrigen auch wieder eine höhere Anerkennung.

Nicht nur in der Schule, sondern auch in den Kindertagesstätten, den Familienzentren, den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, den Volkshochschulen, den Musikschulen und zahlreichen Kultureinrichtungen sowie Sportvereinen werden die Weichen für die Bildungserfolge gestellt. Es ist geradezu verheerend, wenn aufgrund der Haushaltsnotlage die Städte und Gemeinden gezwungen sind, in diesen Bereichen den Rotstift anzusetzen, nur weil es sich um vermeintlich freiwillige Aufgaben handelt.

Die Verbindung formaler schulischer Bildungsprozesse mit den genannten non-formalen Bildungsangeboten und informellen Lernprozessen kann nur auf der örtlichen Ebene gelingen.

Die strikte Dualität der Schul- und Bildungsverantwortung zwischen Land und Kommunen hat sich überholt. Vielmehr müssen die unterschiedlichen kommunalen Bildungseinrichtungen vor Ort zusammengeführt werden.

Die Vernetzung dieser Strukturen vor Ort wird auch mit dem Begriff der kommunalen Bildungslandschaft umschrieben.

Kommunale Bildungslandschaft heißt, das partnerschaftliche Miteinander von Schule, Kinder- und Jugendhilfe und Familien um weitere Institutionen und Bereiche zu erweitern, z.B. die Kultur, den Sport, die Wirtschaft, die Gesundheit, aber auch die Erwachsenenbildung.

Das auf diese Weise Orte entstehen, die eine integrierte Kinder- und Jugendförderung und Bildung gewährleisten, stellt insbesondere die Kinder- und Jugendhilfe vor große Herausforderungen: Noch arbeitet sie überwiegend getrennt nach Lebensphasen und in ihren spezifischen „Säulen“, was eine biographisch orientierte Begleitung und Gewährleistung der individuellen Förderung erschwert.

Aber auch die Schule muss sich öffnen und bereit sein, sich auf diese Kooperationen einzulassen. Die stärkere Selbständigkeit von Schulen könnte hier helfen.

In vielen Städten und Gemeinden gibt es Ansätze und bereits umgesetzte Maßnahmen zur stärkeren Vernetzung der vielfältigen Bildungsangebote sowie der bisher häufig isoliert arbeitenden Bereiche der Bildung. Beispiele sind Kooperationen der Schulen mit anderen Partnern, sei es aus der Kultur oder des Sports.

Gerade die kulturelle Bildung und die Zusammenarbeit mit den Sportvereinen möchte ich besonders hervorheben. Ich bin stolz, dass wir im Stiftungsrat der Bundeskulturstiftung vor einigen Jahren das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ gestartet haben, das zunehmend Nachahmung findet. Und mit dem DFB sprechen wir über konkrete Beispiele, wie die Vereine in die Konzepte der Ganztagschulen eingebunden werden können, Modelle, die nicht nur auf den Fußball beschränkt bleiben müssen.

Schule kann sich so in den Städten, Gemeinden und Stadtteilen zu einem Zentrum des gesellschaftlichen Lebens entwickeln.

Und man wird feststellen, über welche Fähigkeiten Schüler verfügen und welche Verantwortung sie für das Gemeinwesen übernehmen können:

- Museumsführer für Kinder,
- Spielplatzpaten,
- Kiez- oder Gemeindedetektive,
- Computerkurse für Senioren

sind nur einige Beispiele. Man muss den Jugendlichen nur die Möglichkeit geben, ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen.

Weitere Schritte zur Umsetzung einer kommunalen Bildungslandschaft vor Ort sind der Ausbau einer kommunalen Bildungsplanung und die Vernetzung mit anderen Planungsbereichen sowie der Aufbau einer kommunalen Bildungsberatung.

Zum Bildungsthema könnte man noch viele Ausführungen machen, z.B. zur Frage der Übergänge im Bildungssystem und in Ausbildung und Beruf.

Alle notwendigen Verbesserungen des Bildungsstandortes müssen auch dauerhaft finanziert werden. Natürlich werden auch die Kommunen hier finanzielle Prioritäten setzen müssen. Vornehmlich sind aber Bund und Länder in der Pflicht, vor der Formulierung immer neuer Versprechen endlich ein nachhaltiges und dauerhaftes Finanzierungskonzept zu beschließen. Bund und Länder müssen auf dem Weg in die Bildungsrepublik die Finanzierung sicherstellen und dafür sorgen, dass die Finanzmittel auf vor Ort ankommen. Die Ergebnisse der bisherigen sog. „Bildungsgipfel“ sind beschämend.

Ich möchte mit einem Satz von John F. Kennedy enden: „ Es gibt nur eine Sache auf der Welt, die teurer ist als Bildung – keine Bildung.“